

Ethos geht auf Konfrontation mit Banken

Der Stimmrechtsberater will UBS- und Credit-Suisse-Verwaltungsräten die Entlastung verweigern

Ethos-Direktor Dominique Biedermann erachtet die Boni-Pools der beiden Grossbanken angesichts von Rechtsrisiken als überhöht.
Franziska Pfister

Ethos ist unzufrieden mit der Arbeit der Grossbanken. Mit scharfen Worten kritisiert die Anlagestiftung die in ihren Augen verfehlte Lohnpolitik. Besonders an den milliardenhohen Rückstellungen für offene Rechtsfälle stösst sich der einflussreichste Stimmrechtsberater der Schweiz.

«Beide Grossbanken haben vergangenes Jahr doppelt so viel Geld zurückgestellt, wie sie den Aktionären als Dividende auszahlen wollen. Deshalb wird Ethos dem Verwaltungsrat von UBS und Credit Suisse die Décharge verweigern», kündigt Biedermann im Gespräch mit der «NZZ am Sonntag» an.

Der Stimmrechtsberater greift damit zur schärfsten Waffe, welche Aktionäre zur Verfügung haben. Enthält die Generalversammlung (GV) dem Verwaltungsrat die Entlastung vor, können die übrigen Aktionäre diesen weiter einklagen.

Beide Banken mussten vergangenes Jahr weitere Mittel für offene Rechtsfälle zur Seite legen: Die UBS reservierte 2013 zusätzliche 1,8 Mrd. Fr., über die letzten vier Jahre summieren sich die neu gebildeten Rückstellungen für Rechtsfälle auf 5,6 Mrd. Fr. Die Credit Suisse (CS) stellte 2013 weitere 2,1 Mrd. Fr. zurück. Addiert man die neu gebildeten Rückstellungen für juristische Auseinandersetzungen der letzten vier Jahre, kommt man auf 4,1 Mrd. Fr.

Der UBS drohen unter anderem Bussen wegen mutmasslicher Währungsmanipulationen, der CS im Steuerstreit mit den USA.

Gegen Vergütungsbericht

Solche Strafzahlungen werden vom Gewinn abgezogen und entgehen somit auch den Aktionären. Deshalb empfiehlt Ethos ihren Pensionskassen-Kunden erstmals, den Verwaltungsräten beider Banken die Entlastung zu verweigern. In den letzten zwei Jahren hatte die Stiftung dies bereits bei UBS angeraten: An der Generalversammlung 2013 stimmten denn auch 10% der Aktionäre gegen die Décharge.

Nicht einverstanden ist Biedermann mit der Höhe der Löhne und rät Aktionären wie schon in den Vorjahren, die Vergütungsberichte abzulehnen. «Der Bonuspool macht bei beiden Banken dreimal so viel aus wie die Dividende», erklärt er.

Die UBS will für das Jahr 2013 Dividenden in Höhe von 1 Mrd. Fr. ausschütten, bei der Credit Suisse sind es 1,1 Mrd. Fr. Der Bonuspool der UBS beläuft sich auf 3,2 Mrd. Fr. und ist um gut ein Viertel mehr befüllt als im Vorjahr. Jener der Credit-Suisse-Banker enthält 3,6 Mrd. Fr., nahm allerdings bloss um 6% zu.

Ein verantwortungsvolles Unternehmen teile normalerweise den Jahresgewinn in drei gleich grosse Tranchen: Boni, Dividende, Reserve. «Warum sollte es bei den Banken einen Bonuspool geben, der dreimal so viel enthält, wie die Aktionäre als Dividende erhalten? Da stimmt doch etwas Grundsätzliches nicht», sagt der Ethos-Chef.

Auf Widerstand muss sich die CS-Spitze auch bei den Mitarbeiter-Aktien einstellen. Biedermann empfiehlt, gegen den Antrag zur Schaffung von bedingtem Kapital zu votieren. An der GV 2013 erhielt die Bank bei diesem Antrag ein Viertel Gegenstimmen, weil nicht nur Ethos, sondern auch der US-Stimmrechtsberater ISS ihren Kunden zu einem «Nein» geraten hatten.

Ob Ethos' Anträge eine Chance haben, hängt stark von den Emp-

fehlungen von ISS und jenen des zweiten wichtigen Beraters Glass Lewis ab. Letztere erklärte am Freitag auf Anfrage, sich noch nicht mit den Anträgen der Grossbanken befassen zu haben.

ISS beeinflusst laut Schätzungen bei grösseren Schweizer Firmen bis zu 30% der Stimmen. Ethos werden 10% zugetraut. Raten die Amerikaner ebenfalls zur Ablehnung, könnte es eng werden. Denn der CS-Verwaltungsrat braucht zumindest bei der Abstimmung über die Mitarbeiteraktien eine Zweidrittelmehrheit.

Harte neue EU-Regeln

Schmerzhafte Einschränkungen für die Banken erwartet Biedermann durch die neu geltende Begrenzung von Bonuszahlungen in der EU: Die Boni für Mitarbeiter, die risikoreiche Geschäfte eingehen, dürfen fortan nicht mehr höher sein als ihr Grundgehalt. Falls die GV dies bewilligt, dürfen die Boni auf maximal das Doppelte des Fixsalärs ausgedehnt werden. Bei UBS und CS gehören laut dem Ethos-Chef je 500 Personen diesem Kreis an, darunter seien wahrscheinlich auch Investmentbanker und Controller mit einem EU-Arbeitsvertrag.

Diese sogenannten «Risktaker» würden bei der CS im Durchschnitt 2,7 Mio. Fr. verdienen, bei der UBS 1,9 Mio. Fr., sagt Biedermann. Und ihre Boni würden die EU-Regeln deutlich übersteigen: Im Fall der CS mache der Bonus im Schnitt das 4,5-Fache des Fixgehalts aus, bei der UBS das 3,5-Fache.

«Die Banken wissen, dass die EU strenge Regeln umsetzt, trotzdem machen sie bei den Angestellten mit Schweizer Verträgen weiter wie bisher», kritisiert der Ethos-Chef. Dabei sei absehbar, dass die Schweiz ihre Regeln jenen der EU werde angleichen müssen. «Die Schweiz wird nicht lange eine Insel bilden können in dieser Frage.»

Weder UBS noch CS wollten am Freitag Stellung nehmen zu den Empfehlungen von Ethos. Beide GV finden Anfang Mai statt.